

1953

28. April 1953

Ich hatte gestern Gelegenheit, mich mit dem Chef der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes¹⁰⁸ zu unterhalten über die Antwort der „Prawda“ auf die Rede Eisenhowers. **51**

Nach der Meinung meines Gewährsmannes bringt sie keine greifbaren Beweise für eine neue Politik des Kremls. Sie enthält nichts, was den Bundeskanzler veranlassen könnte, von seiner bisherigen Politik auch nur um ein Jota abzuweichen. Nötig sind heute Taten. Nur durch sie könnte das Mißtrauen gegenüber dem Kreml überwunden werden. Die neuesten Ereignisse, etwa die Schwierigkeiten, die der evangelischen „Jungen Gemeinde“ in der Ostzone bereitet werden, sprechen nicht für eine Änderung der Haltung der Führer in Moskau. Nur deren Taktik ist flexibler und daher vielleicht noch gefährlicher geworden. Der Machthunger einerseits und das Sicherheitsbedürfnis andererseits sind die gleichen geblieben.

In einem Punkt sei jedenfalls die Antwort aus Moskau zu begrüßen. Das Festhalten an Potsdam müsse auch dem letzten Deutschen die Augen öffnen über die wahren Absichten der Russen. Kein Deutscher könne diese Bedingung akzeptieren. Der russische Gedankengang beruhe auf einer Verkennung der tatsächlichen Lage in Deutschland. Ihn so offen dargelegt zu haben, zeuge nicht von diplomatischem Geschick.

Für meinen Interlocutor ist es ausgeschlossen, daß der Kreml sich mit den Bedingungen des amerikanischen Präsidenten ernsthaft auseinandersetzen kann. Innenpolitischer Prestigeverlust infolge Nachgebens gegenüber dem Westen ließe sich vielleicht anderswo wiedergutmachen. Entscheidend ist aber, daß der Kreml auf keine Beschneidung seiner realen Machtausübung verzichten kann, ohne das Gefüge im kommunistischen Block ins Wanken zu bringen. Moskau darf auch aus strategischen Gründen keine der bisher errungenen Positionen aufgeben. Es kann auf keinen der Satelliten verzichten.

Der Friedensvertrag mit Österreich und der Rückzug der dortigen Besatzungstruppen würde die russische Flanke gegen Jugoslawien entblößen und

¹⁰⁸ Blankenhorn, Herbert (geb. 1904), deutscher Diplomat, 1945 Mitbegründer der CDU in der britischen Besatzungszone, 1948 deren Generalsekretär, enger außenpolitischer Berater Adenauers im Bundeskanzleramt, 1952 Übernahme der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1953 ständiger Vertreter (ab 1955 Botschafter) der Bundesrepublik bei der NATO, 1958–1969 Botschafter in Paris, Rom und London.

Ungarn sowie die Tschechoslowakei von der russischen Umfassung teilweise befreien. Auch die Wiedervereinigung Deutschlands könne von den Russen in Wahrheit nicht gewollt sein, solange es nicht neutralisiert werde. Diesen Preis dürfe aber weder der deutsche Westen noch sonst ein den Kommunismus bekämpfender Staat bezahlen. Es würde damit keine Garantie geschaffen, Deutschland nicht zum Schauplatz eines nächsten Krieges zu machen. „Es ist aber sehr fraglich, ob es gelingt, die Gegensätze zwischen West und Ost anders als durch einen Krieg zu beseitigen oder zu überwinden.“

Die Wiedervereinigung wird auf Jahre hinaus ein unlösbares Problem bleiben, wenn nicht in Moskau etwas ganz Außergewöhnliches passiert. Ein solches Ereignis wäre etwa der innere Zusammenbruch des Regimes, nicht aber ein bloßer Machtkampf unter den Nachfolgern Stalins¹⁰⁹. Mit einem solchen Kampf ist nach der Auffassung meines Gewährsmannes wahrscheinlich in einiger Zeit zu rechnen.

Die Zurückhaltung meines Gesprächspartners hinsichtlich der Wiedervereinigung ist bemerkenswert. Es wäre wohl verfrüht, daraus den Schluß zu ziehen, in der Umgebung des Kanzlers beginne man aus realpolitischen Überlegungen sich mit dem Gedanken an eine länger dauernde Trennung Deutschlands abzufinden. Immerhin liegt die Vermutung nahe, daß die aufgezeigte Tendenz an Boden gewinnen könnte, wenn das von Eisenhower jüngst mit Moskau aufgenommene Gespräch resultatlos bleibt. Die Hoffnungen auf eine baldige Verständigung sind in Bonn jedenfalls gering.

28. April 1953

- 52** Am 24. April beschloß der Bundesrat mit 20 gegen 18 Stimmen, die Entscheidung über den Generalvertrag und den EVG-Vertrag auszusetzen bis zum Vorliegen eines Gutachtens über deren Verfassungsmäßigkeit. Den Ausschlag gaben die Stimmen Baden-Württembergs, zusammen mit denen der sozialdemokratisch regierten Länder (Hessen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg).

Der Kanzler hatte vor der Sitzung alles unternommen, um den badisch-württembergischen Ministerpräsidenten und Präsidenten des Bundesrates, Dr. Reinhold Maier, für sich zu gewinnen. Dieser wich jedoch einer Entscheidung aus.

Im Stuttgarter Kabinett besitzen die Sozialdemokraten die Mehrheit. Um die Koalition mit ihnen aufrecht zu erhalten, mußte Maier auf die Zustimmung verzichten. Er bestreitet zwar, solchen landes-innenpolitischen Überlegungen gefolgt zu sein. Seine Erklärung findet aber wenig Glauben. Als grundsätzlichem Befürworter der Verträge fehlt es ihm an einer plausiblen Begründung für sein Vorgehen. Seine Forderung, die Verfassungsmäßigkeit müsse unter al-

¹⁰⁹ Stalin war am 5.3.1953 gestorben.

len Umständen vor einer Stellungnahme des Bundesrates abgeklärt werden, steht einem politischen Entscheid im Wege. Sie ist auch kaum mehr erfüllbar. Maier wußte, daß das Kabinett von einem Gutachten des Verfassungsgerichts nichts wissen will und daß auch der Bundestag daran nicht interessiert sein dürfte. Der von ihm verfochtene Rechtsgedanke verlor übrigens an Durchschlagskraft, als er nach der entscheidenden Sitzung bemerkte, der Bundesrat habe es dem Kanzler ermöglicht, die Zustimmungsgesetze nun dem Bundespräsidenten vorzulegen.

Die Absicht dies zu tun, gab Adenauer auch im Anschluß an die Bundesrats-sitzung bekannt. Es lag ihm offensichtlich daran, die Situation nicht zu dramatisieren. Bei näherer Prüfung stellte sich die Lage aber als viel komplizierter dar.

Der Kanzler darf dem Bundespräsidenten nur Gesetze unterbreiten, die vom Parlament ordnungsgemäß verabschiedet sind. Der bundesrätliche Vertagungsentscheid erfüllt diese Bedingung nicht. Die Opposition sprach auch bereits davon, diesen formalen Mangel vom Verfassungsgericht feststellen zu lassen. Dürfte sich schon der Kanzler nicht dieser Gefahr aussetzen, so erst recht nicht der Bundespräsident. Heuss hat es jedenfalls eindeutig abgelehnt, in der gegenwärtigen Situation zu unterzeichnen. Er ist auch nicht bereit, erneut an das Verfassungsgericht zu gelangen. Die schlechten Erfahrungen, die er mit seiner ersten Intervention machte, sind noch zu lebendig.

Der Wunsch des Bundesrates nach Abklärung der Rechtslage vor seinem Entscheid ließe sich zwar verwirklichen, wenn Bundestag und Regierung dazu Hand böten. Der Kanzler will aber davon heute weniger als je etwas wissen. Er hat sich in dieser Frage stark engagiert. Ihm geht es in erster Linie um die politische Frage; für ihn steht die Verfassungsmäßigkeit der Verträge außer Zweifel. Außerdem hat er noch vor kurzem den Bundespräsidenten veranlaßt, auf das von ihm geforderte Gutachten zu verzichten.

Es bleibt dem Kanzler nur übrig zu versuchen, vom Bundesrat à tout prix eine Entscheidung zu verlangen und diesem klar zu machen, daß er sich nicht selbst aus dem Gesetzgebungsverfahren ausschalten darf. Vom Bundestag will er nächste Woche einen negativen Entscheid zum Begehren des Bundesrates provozieren und im Anschluß daran soll das Kabinett seine frühere Ablehnung bestätigen. Dem Bundesrat würde damit jede Hoffnung genommen, um ein klares Ja oder Nein herumzukommen. Was aber geschehen soll, wenn er sich trotzdem nicht zum Entscheid durchringt, oder wenn dieser negativ ausfallen sollte, ist völlig ungewiß. Die Verfassungskrise wäre dann unvermeidlich.

Spekulationen etwa darüber, ob Dr. Maier sich doch noch zu einem Ja durchringt oder ob ein Einbruch in die Abwehrfront der Opposition gelingt, indem beispielsweise Bremen eine positive Haltung einnimmt, hängen vorläufig in der Luft.

Die Stimmung in Bonn ist gedrückt. Ein erfolgversprechender Ausweg konnte noch nicht gefunden werden. Immer deutlicher kommen die Mängel

der Verfassung zum Ausdruck. Für den Kanzler ist der Rückschlag empfindlich. Er trifft ihn nach seiner erfolgreichen Reise in die USA und kurz vor den Wahlen besonders hart.

In der nächsten Umgebung des Kanzlers wird mit heftiger Kritik an Maier nicht zurückgehalten. Dessen Verhalten gilt als unverständlich. „Ein kleiner Mann versucht in entscheidender Stunde europäische Geschichte zu machen und verkennet die Lage so vollständig wie nur möglich“, sagte mir der Chef der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt gestern. Die Bundesrepublik laufe Gefahr, darauf verzichten zu müssen, bei der Zusammenfassung der westlichen Kräfte ein gutes Beispiel zu geben. Innenpolitisch erleide der demokratische Gedanke schwerste Einbußen. Von keinem Bürger könne man verlangen zu verstehen, was zur Zeit in Bonn geschehe. Es bleibe bei der großen Verwirrung nur eines übrig: Abzuwarten!

19. Mai 1953

- 53** *Adenauer in Paris und London:* Von einem direkten Teilnehmer der Pariser- und Londoner-Konferenz vernehme ich über den Verlauf dieser Besuche folgendes:

I. Pariser-Besuch:

Europäische Verfassung. Der erste Teil des Pariser Aufenthalts galt der Prüfung der europäischen Verfassung durch die Außenminister der sechs Montanunion-Staaten. Mein Interlocutor bewertet die Konferenz als großen Fortschritt in Richtung der europäischen Einigung; Zunächst weil die Konferenz beschloß, außerordentlich rasch zu verfahren. Bereits am 12. Juni soll in Rom eine Regierungskonferenz der stellvertretenden Außenminister zusammentreten, um Abänderungswünsche zu prüfen; der von ihnen bereinigte Verfassungsentwurf soll am 10. Juli in Haag den Außenministern unterbreitet werden. Sehr bedeutsam sei die Lösung für die Wahlen zum europäischen Parlament: Die Abgeordneten sollen nicht durch die Parlamente, sondern in direkter Wahl durchs Volk gewählt werden. Von besonderer Bedeutung sei der Beschluß, der Europäischen Gemeinschaft keine neuen Kompetenzen zu erteilen, sondern ihr zunächst nur die Rechte zu geben, welche bereits der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Montan-Union zustehen. Kompetenzerweiterungen müßten einstimmig beschlossen werden; die Versammlung habe sich damit eine weise Mäßigung auferlegt.

Saar. Anschließend kam es zwischen Adenauer und Bidault¹¹⁰ zur Besprechung der Saarfrage. Es wurden keine Fortschritte erzielt. Der Bundeskanzler

¹¹⁰ Bidault, Georges (1899–1983), französischer Politiker, ab 1941 führend in der Widerstandsbewegung, 1946 und 1949–1950 Ministerpräsident, mehrfach Außen- und Verteidigungsminister, 1949–1952 Parteivorsitzender des MRP, 1959 Ausschluß aus dem MRP.

verfocht seine These, daß im Falle einer Europäisierung der Saar kein Land – auch nicht Frankreich – eine privilegierte Stellung einnehmen dürfe. In diesem Punkt fand keine Annäherung der beiden Standpunkte statt. Man kam überein, bis nach den deutschen Wahlen in der Saar-Angelegenheit keinen neuen Lösungsversuch zu unternehmen.

Trotzdem sei die Atmosphäre zwischen Adenauer und Bidault viel besser gewesen als bei früheren Begegnungen; Bidault war gegenüber früher „gewandelt“, so daß die beiden Herren recht guten Kontakt fanden. (Unterdessen scheint auf diesen Frühling bereits ein Reif zu fallen, denn gestern, als Adenauer in einer Pressekonferenz auf die eben paraphierte Wirtschaftskonvention zwischen Frankreich und dem Saarland zu sprechen kam, bemerkte er: „Man empfindet es in der Bundesrepublik nicht gerade als eine besondere Freundlichkeit, daß diese Konvention kurz nach dem deutschen Besuch paraphiert worden sei“.)

II. *Londoner Besuch:*

Unmittelbar vor Adenauers Abreise nach London, noch während des Diners der französischen Regierung zu seinen Ehren, wurde die Rede Churchills bekannt. Die französischen Gastgeber waren ebenso überrascht wie ihre deutschen Gäste. Die Franzosen waren ziemlich betroffen, nicht nur wegen der Kapuzinerpredigt über ihre nicht genügenden militärischen Anstrengungen, mehr noch weil die Rede so tönte, als ob Frankreich für die Konferenz auf höchster Ebene nicht vorgesehen wäre. Bei der deutschen Delegation löste Churchills Rede zunächst große Bewegung aus: vor allem mußten in aller Hast die Texte der geplanten Ansprachen umgearbeitet werden. Bedenken löste besonders der Locarno Passus aus. Adenauer stellte sich besorgt folgende Frage: Der Locarno Vertrag von 1925 war eine Garantie des territorialen Status quo. Er hatte daher die naheliegende Sorge, daß ein neuer Locarno Vertrag den heutigen territorialen Status visiere. Er wurde von dieser Sorge rasch befreit. Churchill erläuterte Adenauer, er habe keineswegs an eine schematische Übertragung des Locarno Vertrags auf die heutigen Verhältnisse gedacht; sein Gedanke sei gewesen, man müsse eine Einigung im Geiste des Locarno Vertrags anstreben, eine Atmosphäre schaffen ähnlich derjenigen, aus der damals der Locarno Vertrag entstand. Einer so abgeschwächten Auslegung konnte Adenauer ohne weiteres beistimmen. Übrigens sei dieser Passus, der den Eindruck einer nicht ganz zu Ende gedachten Churchillschen Inspiration machte, ohne Konsultierung des Foreign Office zustande gekommen.

Churchills Vorschlag einer „informellen Konferenz der Großmächte auf höchster Ebene“ erfolgte, um den toten Punkt zu überwinden, der droht, wenn man – wie Eisenhower – Konzessionen (Österreich, Korea) vor Verhandlungen verlangt. Angesichts der heftigen Kontroverse zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die zu so bösen Schlagwörtern führte

wie: „Neues München“, „We do it alone!“ fragt man sich allerdings in Bonn, ob Churchills Rede diesen Zweck nicht verfehlt habe.

Indessen glaubt man, daß diese Verschlechterung des politischen Klimas nicht von Dauer sein werde.

Man stellt sich die weitere Frage, ob Moskau die Konferenzidee aufnehmen werde? Die Meinungen sind geteilt; man ist skeptisch, ob das russische Triumvirat innenpolitisch genügend konsolidiert sei, um an einer großen internationalen Konferenz agieren zu können? Wer soll als Sprecher auftreten? Molotow?¹¹¹ Oder gar etwa Malenkow??¹¹² Darf dieser überhaupt wagen, Moskau zu verlassen, ohne fürchten zu müssen, bei seiner Rückkehr eine neue Situation im Kreml anzutreffen? Andererseitskennt man nicht die starke Versuchung für Moskau, auf Churchills Konferenzidee einzugehen, weil schon die bloße Anregung als Keil zwischen Washington und London gewirkt hat.

Adenauer will sich in die Diskussion über den Konferenzvorschlag – der übrigens in der deutschen Presse ein sehr freundliches Echo fand – nicht einmischen. Zunächst hatte auch er Befürchtungen. Eine wurde ihm sofort genommen durch die erneute und unumwundene Zusicherung Churchills, daß in einer Konferenz *nichts hinter dem Rücken* der Bundesrepublik oder auf ihre Kosten geschehen werde; man werde die Bundesrepublik nicht nur informieren, sondern jederzeit *über alles, was ihre Interessen betrifft, konsultieren*. Ferner habe Churchill mit der Erklärung, Großbritannien werde die mit der Bundesrepublik getroffenen Vereinbarungen striktest – dem Buchstaben wie dem Geiste nach – erfüllen, das im Generalvertrag enthaltene Versprechen bekräftigt, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Da Adenauer gleiche Zusicherungen auch von Eisenhower erhalten hatte, glaubt er, genügende Rückversicherungen in Händen zu haben, um eine Konferenz nicht fürchten zu müssen. Dagegen bleibt sein Bedenken, eine Konferenz werde die Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge verzögern, aufrecht, da sowohl in Deutschland wie in den anderen Ländern die Tendenz abzuwarten Oberhand bekäme. Aber damit findet sich Adenauer ab.

Ich fragte meinen Gesprächspartner, wie Churchill die russische Friedensbereitschaft einschätze. Nach Meinung meines Interlocutors dürfe man daraus, daß Churchill die Konferenz vorschlug, noch nicht schließen, daß er mit einer besonderen Verständigungsbereitschaft der Russen rechne. Churchill wolle einfach jede Möglichkeit ausschöpfen und der öffentlichen Meinung beweisen, daß man das getan habe.

¹¹¹ Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (1890–1986), sowjetischer Politiker, engster Mitarbeiter Stalins, 1921–1957 Mitglied des ZK der KPdSU, 1921–1931 Sekretär des ZK, 1939–1949 und 1953–1956 Außenminister, scharfer Kritiker der Entstalinisierungspolitik Chruschtschows, 1957 aller Ämter enthoben.

¹¹² Malenkow, Georgi Maximilianowitsch (geb. 1902), sowjetischer Politiker, 1939–1957 Mitglied des ZK, 1946–1957 Mitglied des Politbüros, 1953–1955 Nachfolger Stalins als Vorsitzender des Ministerrates (Ministerpräsident), 1957 aller Ämter enthoben.

Adenauer kam außerordentlich befriedigt von London zurück. Die Aufnahme war von größter Herzlichkeit, das Vertrauensverhältnis wurde erneut befestigt. Mein Gesprächspartner unterstrich, Adenauer habe mit der englischen Regierung ein Verhältnis hergestellt, wie dies keiner deutschen Regierung seit 1815 gelungen war und das, nachdem durch den Krieg zwischen den beiden Völkern eine Kluft entstanden war, von der kaum jemand glaubte, daß man sich werde herausarbeiten können. Beredtester Ausdruck dieses neuen Verhältnisses seien Churchills Worte:

„Dr. Adenauer may well be deemed the wisest german statesman since the days of Bismarck“.

30. Mai 1953

Viererkonferenz: Ich unterhielt mich heute mit dem Chef der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes über die internationale Lage. Der neue „Prawda“-Artikel vom 23. Mai, die Rede Senator Tafts¹¹³ und die Ernennung von Semjonow¹¹⁴ zum sowjetischen Hochkommissar standen im Mittelpunkt des Gesprächs.

Bei der Beurteilung der russischen Friedensgesten steht Adenauer dem Skeptizismus Washingtons näher als dem relativen Optimismus Londons. Als Adenauer in London seine Bedenken zu Churchills Konferenz-Initiative äußerte, suchte ihn Churchill zu beschwichtigen. Die seitherige Entwicklung zeige, daß Adenauers Zweifel an dem angeblichen politischen Kurswechsel der Russen nicht unberechtigt waren.

Was Bonn besondere Sorge bereite, seien die Symptome der Spaltung und Schwäche, die augenblicklich im Westen zutage treten und das gerade am Vorabend einer internationalen Konferenz mit größten Aufgaben: In Frankreich herrscht eine nur mühsam überwindbare Regierungskrise, Inflationsgefahr und darüber schwebt das Damoklesschwert Indochinas. In den USA kündigt die Rede Senator Tafts eine tiefe Krise der republikanischen Partei an; bedenklicher noch als ihr Inhalt sei die Tatsache, daß eine Persönlichkeit wie Taft sie gehalten hatte, hinter dem weite Kreise stehen; gegen sie zu regieren ist keine leichte Sache. Aus Tafts Rede spreche nicht nur der amerikanische Isolationismus, sondern sie ist getragen von einer breiten Welle der Enttäuschung über angebliches europäisches Versagen: Die Stagnation bei der Ratifizierung des

54

¹¹³ Taft, Robert Alphonso (1889–1953), amerikanischer Politiker, seit 1938 Mitglied des Senats in Washington, 1948 Führer der Republikaner, 1951 Niederlage bei der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten gegen Eisenhower, 1952–1953 Fraktionsvorsitzender der republikanischen Partei im Senat.

¹¹⁴ Semjonow, Wladimir Semjonowitsch (geb. 1911), sowjetischer Diplomat, 1949–1953 politischer Berater der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, 1953–1954 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland und Botschafter in der DDR, ab 1966 Mitglied des ZK der KPdSU.

Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und des europäischen Zusammenschlusses.

Sehr enttäuscht sei Bonn über den „Prawda“-Artikel. Die Ausführungen über die Deutschland-Frage reduzieren stark die Hoffnungen, daß diese auf der geplanten Konferenz eine annehmbare Lösung finden könnte. Die wiederholten Berufungen auf das Potsdamer-Abkommen, die Anspielungen auf den deutschen Militarismus, die gesteigerte Sowjetisierung der Ostzone deuten nicht darauf, daß die Sowjets in der deutschen Frage ihre Positionen in der Ostzone aufgeben wollen. Ihr Programm – befürchtet man – werde das alte sein: Neutralisierung, totale Demilitarisierung und Evakuierung. Einem Deutschland ohne amerikanische Unterstützung, ohne europäische Verbündete und ohne eigene Soldaten drohe aber das Schicksal der Tschechoslowakei! Ein solcher Status eines politischen und militärischen Vakuums wäre für die Bundesrepublik inakzeptabel, aber auch kaum tragbar für den Westen.

Auch die Abschaffung der sowjetischen Kontrollkommission und die Ernennung Semjonows zum Hochkommissar stimmt Bonn besorgt. Man wird zwar erst nach Wochen genau sagen können, was diese Maßnahme bedeutet; die interne Tragweite sei nicht groß: es wechselt der Name, der Inhalt bleibt, denn die tatsächliche Macht bleibt nach wie vor in sowjetischer Hand. Die Selbständigkeit der Deutschen Demokratischen Republik wird nicht größer, im Gegenteil! Bonn fragt sich beunruhigt, worauf es abzielt, wenn Semjonow so spektakulär beauftragt wird, die Durchführung des Potsdamer Abkommens zu kontrollieren. Meinem Gesprächspartner ist dieses Auftauchen des Schattens von Potsdam sehr verdächtig, ebenso daß Semjonow beauftragt wird, Beziehungen mit den westlichen Hochkommissaren zu unterhalten und das im Moment, wo die Vertreter des Westens sich bereits als die Botschafter von morgen betrachten. Bedeutet diese Angleichung an die westlichen Hochkommissare, daß den Sowjets ein Wiederaufleben des alliierten Kontrollrats vorschwebt in Form eines Rates der Hochkommissare? Heißt das, daß sie die Konzeption einer neuen interalliierten Kontrolle an der Viererkonferenz als Preis für die deutsche Wiedervereinigung vortragen würden? Das würde aber bedeuten: Mitspracherecht der Sowjets in ganz Deutschland, Blockierung des Fortschritts, russisches Mitwirken in der Ruhr etc. Dies wäre unannehmbar für die Deutschen, aber auch untragbar für die Alliierten.

Ob die Russen eine Viererkonferenz wollen? Man glaubt hier, daß sie sich weiter den Anschein geben werden, die Konferenz zu wollen; kommt es zur Konferenzeinladung, würden die Sowjets sie wahrscheinlich auch nicht ablehnen. Aber man zweifelt hier an der Absicht eines aufrichtigen Ausgleichs, insbesondere in der deutschen Frage. Man neigt hier zur Annahme, daß die Russen die deutsche Wiedervereinigung nicht wollen und ihre Absage in die Form kleiden, daß sie einen Preis verlangen, den die anderen nicht einräumen. Adenauer sprach sich für eine Viererkonferenz aus, wenn sie Aussicht auf Erfolg biete und nicht die Gefahr in sich berge, zu einem Palaver zu führen. In Bonn

hält man den Zeitpunkt für verfrüht. Er wäre besser gewählt, wenn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unter Dach wäre. Entsprechend der hiesigen Konzeption, daß man mit den Russen erfolgreich nur dann verhandeln könne, wenn der Westen ein äquivalentes politisches und militärisches Gewicht darstellt, will Bonn unbeirrt die bisher verfolgte Linie der Anlehnung an den Westen in Form der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft weiter verfolgen. Die Politik des europäischen Zusammenschlusses will man noch aktivieren, um der in den USA zutage getretenen Tendenz der Abwendung von Europa zu begegnen. Deshalb wird sich Adenauer am 12. Juni nach Rom begeben zur Konferenz, welche letzte Hand an die europäische Verfassung anlegen soll.

Was die Bermuda-Konferenz anbetrifft, so postuliert die hiesige Presse die Entsendung eines deutschen Beobachters. Adenauer wird nicht darauf insistieren, um den Westmächten keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten. Es gibt auch andere Wege, um seine Desiderata mitzuteilen. Überdies fühlt sich Adenauer durch Eisenhower und Churchills Versprechen, nichts auf Kosten Deutschlands zu tun, vorläufig genügend gesichert.

20. Juni 1953

Adenauers Sonderbeauftragter in Washington, Paris und London: Wie Sie wissen, hat Bundeskanzler Adenauer in den letzten Wochen einen seiner Mitarbeiter als Sonderbeauftragten nach Washington, Paris und London entsandt. Ich hatte Gelegenheit, mich mit ihm über seine Besuche zu unterhalten und halte die von ihm geäußerten Eindrücke fest. 55

Der Bundeskanzler hatte das Gefühl, daß die russischen Friedensgesten überall, nicht nur in Deutschland, auch im Westen, Unsicherheit verbreiteten, insbesondere zu einem Abbröckeln der Idee der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der europäischen Integration führten. So kam die Reise nach Washington zustande. Sie hatte nicht zum Ziel, die Viererkonferenz zu hintertreiben, denn auch Bonn braucht sie, weil die deutsche Frage nur auf diesem Weg, das heißt im Einvernehmen mit den Russen gelöst werden kann. Deutscherseits besteht aber das Bedenken, daß die Konferenz, wenn sie jetzt stattfände, zu wenig vorbereitet wäre, um in der deutschen Frage zu Ergebnissen zu führen. Ein spezielles deutsches Anliegen ist, daß die Konferenz wenn möglich nicht vor den deutschen Wahlen stattfände, weil sonst zu erwarten sei, daß die Sowjets alle Register ziehen werden, um den deutschen Wahlkampf zu Ungunsten Adenauers zu beeinflussen. Der Bundeskanzler ist für sie eben der Feind Nr. 1. Die Russen gehen davon aus, daß mit seinem Sturz die europäische Verteidigungsgemeinschaft keine Stoßkraft mehr hätte, sogar auseinanderfallen würde. Deshalb ist zu erwarten, daß sich ihre Angriffe ganz besonders stark auf ihn und seine Politik konzentrieren werden.

Zweck der Reise war, dies mitzuteilen, und Washington klar zu machen, daß die Bonner Regierung fest zu der bisherigen Linie – zum Bonner- und Pariser-Vertrag und zur europäischen Integration stehe und an keine Alternativlösung in Form einer NATO-Beteiligung denke. Mein Partner hatte Gelegenheit, dies in persönlichen Aussprachen Eisenhower und Dulles¹¹⁵ vorzutragen. Die Bonner Erklärungen kamen Washington sehr willkommen, denn auch dort herrsche eine meinen Interlocutor frappierende, labile Stimmung. Die USA haben den Eindruck, daß sie keine Freunde haben: Im Verhältnis zu England und zu Churchill herrsche deutliche Verstimmung; die Schwächen in Frankreich und Italien infolge Kabinettskrise bzw. Wahlausgang deprimieren. Die Erklärungen Bonns wurden mit dem Gefühl aufgenommen, wenigstens eine zuverlässige Stütze auf dem Kontinent zu haben. Die Verbindung zwischen Washington und Bonn erfuhr eine weitere Festigung. In diesem Zusammenhang kam die Frage der Errichtung von Botschaften zur Sprache und es ist möglich, daß diese Angelegenheit in absehbarer Zeit eine positive Lösung findet. Das Versprechen, Bonn während allfälliger Viererverhandlungen zu konsultieren, wurde noch einmal wiederholt. Amerikanischerseits wird man auch dafür eintreten, daß es in Bermuda in der deutschen Frage zu einem festen Bekenntnis zum bisherigen Kurs kommt. Der Wunsch, einen deutschen Beobachter nach Bermuda zu entsenden, wurde von meinem Interlocutor nicht geäußert.

Die Reise nach Paris: Es galt zunächst, die Nervosität zu beschwichtigen, welche wegen der Washingtoner Reise entstanden war. Mein Interlocutor sprach mit Bidault, um ihn im gleichen Sinne zu informieren wie er das in Washington getan hatte. Angesichts der noch in Paris herrschenden Kabinettskrise war Bidault zurückhaltender als Washington. Immerhin hat auch er sich dazu bekannt, daß kein Abgehen vom Vertragswerk geplant sei. Allerdings zeigte er sich weniger „empressé“. Was die Frage der Konsultation Bonns während der Viererkonferenz anbetrifft, war die Antwort durchaus positiv. Dagegen legte Bidault in der Frage der Errichtung von gegenseitigen Botschaften Zurückhaltung an den Tag.

Reise nach London: Sie galt den gleichen Zwecken wie diejenige nach Washington und Paris. Eine Unterredung mit Churchill fand nicht statt. Der Besuch war in folgender Beziehung besonders interessant:

Zwischen Churchill und dem Foreign Office besteht nicht der traditionelle enge Kontakt. Churchill, der zum ersten Mal Außenminister ist, verfährt sehr selbstherrlich, fast ohne Konsultation des Foreign Office. Das Fehlen des ausgleichenden Faktors Eden macht sich sehr nachteilig bemerkbar. So wie es bei der bekannten Locarno-Rede zugeht, wo wesentliche Gedanken in Unkenntnis des Foreign Office geäußert wurden, geht es jetzt in sehr vielen Angelegen-

¹¹⁵ Dulles, John Foster (1888–1959), amerikanischer Politiker, 1946–1950 Delegierter der USA bei der UNO, 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten.

heiten zu. Im Foreign Office herrscht eine gewisse Unruhe über Churchills Absichten. Churchill möchte am liebsten nach Bermuda ohne alle Experten und ohne einen Ratgeber. Auch für die Begegnung mit den Sowjets will er keine Konferenz mit Tagesordnung, sondern ein bloßes Gespräch – eine Lösung, die für Washington gänzlich unmöglich wäre. Man glaubt, daß Churchill solchen Anforderungen kaum gewachsen wäre. Er ist nämlich ein wesentlich gealterter Churchill und physisch kaum in der Lage, Gespräche, die so aufreibend sind, wie mit den Russen, durchzustehen.

22. Juni 1953

Die Unruhen in der Ostzone: Die blutigen Ereignisse des 17. Juni in Ostberlin – sie forderten ein Dutzend Todesopfer – kamen für Bonn völlig überraschend. Die Überraschung war um so größer, als man hier in der letzten Zeit immer stärker befürchtete, die ostdeutsche Bevölkerung werde der Bolschewisierung allmählich erliegen. Daß die Massen nun derart den Kopf erhoben, befreit zwar nicht von diesen Sorgen, doch werden diese Bedenken sehr gedämpft.

Infolge der hermetischen Abschließung und der entsprechend spärlich fließenden Nachrichten kann man sich über die Unruhen noch kein vollständiges Bild machen. Immerhin scheinen sie durch folgende Merkmale charakterisiert: Es handelt sich bei ihnen um viel mehr als bloße Massendemonstrationen, es war eine – wenn auch waffenlose – *Revolte* der Bevölkerung. Diesen Charakter verleiht den Unruhen zunächst ihr Umfang. Die Bewegung hat außer Ostberlin alle größeren Städte der Ostzone ergriffen und sich auf Hunderttausende erstreckt. Sehr aufschlußreich ist, daß überall die Arbeiterschaft Träger der Bewegung war; also diejenige Klasse, der in einer Sowjetrepublik eine privilegierte Rolle in der Staatsführung zukommt. Da die Bewegung die Arbeiterkreise so allgemein mitriß, ist es völlig abwegig, von einer Anzettlung der Ereignisse durch westliche Agenten zu sprechen. Es handelt sich um eine spontane Explosion der Not und der Wut der Bevölkerung. Interessant ist, daß die Manifestationen, die in ihren Anfängen gegen das Regime Grotewohl-Ulbricht gerichtet waren, rasch umschlugen; ihre Spitze richtete sich sehr bald eindeutig gegen die Russen selbst. Die Vorfälle zeigen, daß das russische Regime in den acht Jahren seit 1945 auch in den Arbeitermassen keinen festen Fuß zu fassen vermochte. Die erste Anfälligkeit der deutschen Arbeiter für Kommunismus scheint den Kulminationspunkt überschritten zu haben; auch hier griff die Ernüchterung Platz, wie sie in Satellitenstaaten erfahrungsgemäß nach wenigen Jahren einzutreten pflegt.

Tiefen Eindruck macht die Ohnmacht der Regierung Grotewohl. Sie wurde durch die Ereignisse völlig diskreditiert, zuerst durch ihre würdelose Selbstanklage, alles falsch gemacht zu haben, und dann durch die einmütige Verstoßung seitens der eigenen Bevölkerung. Heute hält sie sich nur noch durch den Waffenschutz der russischen Besatzungsmacht am Leben. Ihre Autorität

erlitt in ganz Deutschland einen tödlichen Stoß; auch fürs Ausland kann sie kaum mehr als repräsentativ gelten, geschweige denn auf gleichen Fuß mit der westdeutschen Regierung gestellt werden.

Die Vorfälle in der Ostzone dürften als historisches Ereignis sich der Erinnerung des In- und Auslandes einprägen und dementsprechend politische Folgen nach verschiedenen Richtungen äußern. Sie stellen zunächst die Sowjets vor die schwierige Frage, ob Semjonows neuer Kurs fortgesetzt werden soll, oder ob die Meinung sich durchsetzt, die Unruhen seien diesem neuen Kurs zuzuschreiben, weil er von der Bevölkerung als Schwäche aufgefaßt würde. Vom Standpunkt der Russen wäre es klüger, wenn sie auf eine harte Repression verzichten würden. Um die Entscheidung wird noch gerungen. Bis zur Stunde ließen die Russen eine für ihre Verhältnisse frappante Milde walten. Das wäre Semjonows Konzeption konform, denn ihm geht es in erster Linie darum, Adenauer, Promotor und Stütze der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft und der Integration, zu schwächen. Da die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft, welche zur eigentlichen „bête noire“ der Russen geworden ist, mit aller Vehemenz von der Sozialdemokratischen Partei bekämpft wird, ging der Kreml zur Taktik über, sich dieser Feindin im Kampf gegen Adenauer als Instrument zu bedienen. Der „milde“ Kurs Semjonows gab den Sozialisten in der Tat wirksame Argumente: Adenauers skeptische Einstellung zur Viererkonferenz sei falsch, weil Semjonows Maßnahmen zeigen, daß die Einstellung der Russen sich gewandelt habe und es lasse sich mit ihnen über die Wiedervereinigung reden.

Auch in Bonn üben die Berliner Ereignisse großen Einfluß aus. Sie waren für Adenauers Stellung keineswegs nur förderlich. Auch er wird vor schwierige Fragen gestellt. Nachdem die Ostzone sich derart deutlich für die Wiedervereinigung eingesetzt hatte, wird auch Adenauer kaum darum herumkommen, seine bisherige Formel „Viererkonferenz nur wenn sie erfolgreich ist“ abzuschwächen. Es wird für ihn schwer, die Ostzonenbevölkerung einfach auf die Zukunft zu vertrösten. Die tragischen Ereignisse in Berlin und in Mitteldeutschland (so nennt man hier neuestens die Ostzone) lassen bereits in der deutschen Presse die Forderung immer lauter ertönen, man müsse alles tun, um Viererbesprechungen zu beschleunigen, um die Diskussion der Wiedervereinigung Deutschlands in Fluß zu bringen. Es ist ein leichtes Einschwenken des Kanzlers auf diese Linie, wenn er in einem dringenden Appell Eisenhower, Churchill und Frankreich an die Resolution des Bundestags vom 10. Juni 1953 erinnert und sie ersucht, alles zu tun, um dem ganzen deutschen Volk die Einheit wiederzugeben.

Auch die Westmächte werden den Aufschrei in Berlin nicht überhören können. Bereits haben die Hochkommissare bei der russischen Hochkommission Protest eingelegt gegen den „unverantwortlichen Rückgriff auf militärische Gewalt“ und forderten die Aufhebung „der der Bevölkerung auferlegten harten Maßnahmen“. Diese spektakulären Ereignisse werden aber auch in Zu-

kunft nicht so rasch in Vergessenheit geraten und dazu dienen, den Westen an das Versprechen im Deutschland-Vertrag zu erinnern, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen.

Über die Entstehung der Unruhen kursieren die verschiedensten Versionen. Die Russen sagen, westliche Agenten hätten sie angezettelt, was ziemlich absurd ist. Die deutsche Version ist selbstverständlich entgegengesetzt: Danach wurden die Demonstrationen – wenigstens in ihren Anfängen – von russischer Seite gefördert. Semjonow habe sich dadurch der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entledigen wollen, doch wollte er Grotewohl nicht durch einen russischen Befehl, sondern durch den Unwillen der deutschen Bevölkerung vertrieben sehen. Gleichzeitig sollte diese Geste Westdeutschland zeigen, wie sehr sich die russische Einstellung gewandelt habe. Jedenfalls entglitten die Manifestationen in ihrem weiteren Verlauf rasch der sowjetischen Lenkung und wuchsen zu dem Aufstand der Massen an. Es wird schwer sein, über die Genesis der Unruhen volle Klarheit zu schaffen. Plausibel an der deutschen Version ist, daß die Sowjets in der Tat zur Taktik übergehen, bei der Bekämpfung Adenauers ihren Gegner – die sozialistische Opposition in Westdeutschland – zu stärken, weil sie erkannten, daß mit den westdeutschen Kommunisten sie Adenauer nichts anhaben können.

11. August 1953

Ihrem Wunsche entsprechend beehre ich mich, Ihnen über aktuelle innen- und außenpolitische Probleme der Bundesrepublik zu berichten: 57

I.

Die *innenpolitische Struktur* ist durch ihre relativ große Stabilität gekennzeichnet. Seit den Wahlen von 1949 sind keine wesentlichen Verschiebungen eingetreten. Damals wurden 86 Prozent der rund 30 Millionen Stimmen zu Gunsten demokratischer Parteien abgegeben. Die drei Koalitionsparteien Christlich Demokratische Union – Christlich Soziale Union (CDU/CSU), Freie Demokratische Partei (FDP) und Deutsche Partei (DP) erhielten 47, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 29 und verschiedene nichtextreme Splittergruppen zusammen 10 Prozent. Die Kommunisten erreichten 6 und drei rechtsextreme Gruppen zusammen 3 Prozent. Die restlichen 5 Prozent entfielen auf Unabhängige. Bei der Verteilung der Sitze profitierten die großen Parteien. Ende Juni 1953 gab es folgende Gruppen im Bundestag (ohne die beratenden Abgeordneten aus Berlin): Koalition 215, SPD 130, Föderalistische Union 19, Kommunisten 14, Fraktionslose 24. Die Koalition verfügte somit über eine feste Mehrheit. Sie erreichte aber nicht das für Änderungen des Grundgesetzes nötige qualifizierte Mehr von 2/3 der insgesamt 402 Sitze.

Extremistische Strömungen wurden bisher erfolgreich abgewehrt. Die Sozialistische Reichspartei ist als verfassungswidrig aufgehoben worden. Eine

massive Gruppierung nazistischer Elemente ist zur Zeit nicht zu befürchten. Vorstöße, wie der des ehemaligen Staatssekretärs im Goebbelschen Propagandaministerium, Naumann¹¹⁶, blieben vereinzelt. Sie haben für die Wahlen keine entscheidende Bedeutung. Der Neonazismus wagt sich – zwar nicht immer – nur schüchtern an die Oberfläche. Er findet aber keine rechte Resonanz. Schwieriger ist es herauszufinden, in welchem Ausmaß nazistische Ideen auch innerlich überwunden sind. Eine bescheidene Zunahme der Rechtsparteien ist nicht ausgeschlossen. Die Kommunisten haben nicht zuletzt durch die Berliner Ereignisse vom 17. Juni weiter an Ansehen verloren. Sie werden – wie andere Splittergruppen – alle Mittel in Bewegung setzen müssen, um auch im neuen Bundestag vertreten zu sein.

Die günstige Entwicklung der letzten vier Jahre ist durch keine Krise gestört worden. Die Verhältnisse auf allen Lebensgebieten bessern sich fortlaufend. Das ist für den einzelnen spürbar. Die maßgebenden Kräfte haben bewiesen, daß mit demokratischen Mitteln trotz bedeutsamer Hindernisse regiert werden kann.

Bei den Wahlen vom 6. September 1953 werden die demokratischen Kräfte die überwiegende Mehrheit erhalten. Fraglich ist nur, welche Richtung das Rennen macht.

Die Politik Adenauers verfolgt zwei Hauptziele: Die Rückgewinnung der Souveränität und den Aufbau eines modernen Sozialstaates. Beide dienen der Beseitigung der Kriegsfolgen. Die Regierung erzielte beachtenswerte Erfolge. Der Wiederaufbau von Handel und Industrie, die damit verbundene Festigung der Währung und die Lockerung der Devisenbewirtschaftung sind die augenfälligsten positiven Resultate. Ihre bzw. Bundesminister Erhards „soziale Marktwirtschaft“ entspricht der Mentalität, dem Arbeitswillen und der Betriebsamkeit der Deutschen. Sie hat im Verein mit den alliierten Hilfen einen unerwarteten wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Heute herrscht überall Hochkonjunktur. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte Mitte 1953 einen Tiefstand von mehr als einer Million. Es gelang, rund zehn Millionen Flüchtlinge unterzubringen. Lastenausgleich und Sozialmaßnahmen für Kriegs- und Nazigeschädigte sowie der soziale Wohnungsbau sind in Durchführung. Das vorläufig in der Grundstoffindustrie eingeführte Mitbestimmungsrecht half entscheidend mit, ernsthafte Spannungen zwischen den Sozialpartnern zu vermeiden.

Außenpolitisch konnte die Regierung schrittweise innert kürzester Zeit die Souveränität zurückgewinnen. (Der am 26. Mai 1952 unterzeichnete Generalvertrag sieht nur noch drei alliierte Reservatrechte vor, nämlich die Stationierung von Streitkräften, das Problem Berlin und die Frage der Wiedervereini-

¹¹⁶ Naumann, Werner (1909–1982), 1937 Leiter des Reichspropagandaamtes in Breslau, 1938 Ministerialdirektor und Chef des Ministeramtes im Reichspropagandaministerium, enger Mitarbeiter von Goebbels, 1944 Staatssekretär im Propagandaministerium, 1953 Verhaftung durch die britische Besatzungsmacht, aber keine Haft.

gung). Die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, OECE, EZU und Montan-Union) wurde vorangetrieben. Die Regelung von Schulden aller Art (z. B. Londoner Abkommen, Entschädigungsabkommen mit Israel) hilft mit, den Kredit der Bundesrepublik zu festigen.

Adenauer will seine traditionell westliche Politik fortsetzen. Er gilt nicht nur bei seinen Parteifreunden, sondern auch bei weiten Volkskreisen als hervorragende politische Persönlichkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung anerkennt im allgemeinen seine Leistungen. Sein Vorgehen ist allerdings den Massen nicht immer in allen Einzelheiten verständlich. Dies führt dazu, daß ihm eine eigentliche Popularität fehlt. Das Ansehen des Kanzlers ist jedoch in den letzten sechs Monaten ununterbrochen gestiegen. Vorkommnisse der jüngsten Zeit, wie etwa der Austritt des liberalen Flügels aus der FDP Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens dürften auf die Stellung Adenauers keinen entscheidenden Einfluß haben. Ein möglicher Rückgang der FDP könnte durch eine Zunahme der CDU-Stimmen wettgemacht werden.

Die Opposition bestreitet den Wahlkampf ohne ein klares Programm. Es fehlt ihr seit jeher an einer umfassenden Konzeption. Seit dem Tode Schumachers gebricht es der Opposition auch an einem Adenauer ebenbürtigen Kopf.

Im Wahlkampf tritt die innenpolitische Auseinandersetzung hinter die außenpolitische zurück. Die Ziele der Opposition ergeben sich aus ihrer doktrinär marxistischen Einstellung: Sie will die soziale Marktwirtschaft durch die Planwirtschaft ersetzen. Die Grundstoffindustrie soll verstaatlicht werden. Die SPD verspricht wesentlich höhere Sozialleistungen als die bisher zugebilligten. Dieses Versprechen hat für die zahlreichen Schichten, die mit einem Minimum auskommen müssen – etwa 1/3 der Bevölkerung erreicht bloß das Existenzminimum – mehr Gewicht als die Vorwürfe gegen das herrschende Wirtschaftssystem. Wie die Mittel für vermehrte Sozialleistungen beschafft werden sollen, wird nicht gesagt. Die von der Regierung eingehaltene Grenze kann nicht überschritten werden, ohne den Haushalt ernstlich zu gefährden.

Die aussenpolitische Zielsetzung der SPD verliert sich in Allgemeinheiten. Die SPD verkündet, die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten müsse sich auf das ganze freie Europa, nicht nur auf fünf Partner beziehen. Sie verschweigt, wie dieses Ziel in einem Sprung verwirklicht werden soll. Sie hat kein Verständnis für das durch die Verhältnisse bedingte schrittweise Vorgehen Adenauers.

Wiedervereinigung und Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft bilden den Kernpunkt der gegenwärtigen Wahlkampagne. Für Regierung und Opposition hängen Wiedervereinigung und EVG indirekt voneinander ab. Beide sind sich darüber einig, daß

1. die rasche Wiedervereinigung das Hauptziel jeder deutschen Politik ist,
2. die Wiedervereinigung nur gemeinsam mit den demokratischen Kräften der freien Welt und

3. nur auf friedlichem Wege herbeigeführt werden kann.

Außerdem besteht Einigkeit darüber, daß freie Wahlen die erste Voraussetzung für die Wiedervereinigung bilden und schließlich, daß ein vereinigtes Deutschland politisch, wirtschaftlich und kulturell zum freien Westen gehört, sowie daß die Neutralisierung ein untragbarer Preis für die Wiedervereinigung wäre.

Meinungsverschiedenheiten liegen vor über den einzuschlagenden Weg. Der These des Kanzlers: zunächst Stärkung des Westens durch die EVG und dann Verhandlungen mit den Russen, setzt die Opposition die Auffassung entgegen, die EVG werde die Wiedervereinigung auf lange Zeit hinaus verunmöglichen. Sie lehnt zwar einen deutschen Verteidigungsbeitrag nicht grundsätzlich ab. Sie will ihn lediglich nicht im Rahmen der EVG leisten und erst, wenn Deutschland seine volle Souveränität wiedergewonnen hat.

Der Kanzler hat es verstanden, diesem Gegensatz in den Augen der Öffentlichkeit die Schärfe zu nehmen. Er befürwortet eine Viererkonferenz, sofern sie auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg hat. Daneben will er die EVG vorantreiben. Damit ist dem erhofften Propagandaschlag der Opposition : „EVG oder Wiedervereinigung“ die Durchschlagskraft genommen.

Es ist schwierig, eine *Wahlprognose* zu stellen. Die Parteiblätter haben sich bis heute nicht zu einer eingehenden Analyse hergegeben. Die Unbekannten sind zahlreich. Noch sind nicht alle Kandidaten bezeichnet. Wahlabmachungen sind noch im Gange. Viele junge Wähler und Wählerinnen sind zum ersten Mal stimmberechtigt. Wieviel Stimmen wird der zum ersten Mal an einer Bundeswahl teilnehmende Gesamtdeutsche Block (früher BHE = Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) auf sich vereinigen? Wie wird sich das neue Wahlgesetz, das einer Zersplitterung vorbeugen will, auswirken? Wahrscheinlich wird das Zentrum als Fraktion nicht mehr erscheinen. Ob es den Rechtsparteien und Kommunisten gelingt, eine der zwei Klauseln (5 Prozent der Stimmen oder wenigstens ein Abgeordneter in direkter Wahl) zu erfüllen, ist umstritten.

Der Wahlkampf wird hart, im allgemeinen aber ruhig geführt. Sofern sich nicht wider Erwarten bis zum 6. September ein krisenhaftes Ereignis einstellt, ist kaum mit bedeutenden Gewichtverschiebungen zu rechnen. Nichts deutet auf ein plötzliches Auftauchen innenpolitisch sensationeller Schwierigkeiten hin. Der von Adenauer erwartete Schachzug des Kremls ist bisher nicht getan worden. Die russische Note vom 5. August ist keinesfalls geeignet, Adenauer bei seinen Anhängern in Mißkredit zu bringen.

Es wäre überraschend, wenn eine Partei allein die Mehrheit der Sitze erringen würde. Ebenso unwahrscheinlich dürfte mindestens unmittelbar nach der Wahl die Bildung einer großen Koalition zwischen den Regierungsparteien und der SPD sein.

Kenner der Lage glauben an Adenauers Sieg. Nach Erhebungen des Instituts für die Erforschung der öffentlichen Meinung, die allerdings kaum die breiten

Massen erreichen, sollen fast 50 Prozent der Befragten sich für eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik ausgesprochen haben. Dem Optimismus des Kanzlers läßt sich die Berechtigung meines Erachtens nicht absprechen.

Sollte es der Koalition nicht gelingen, die Mehrheit zu erhalten, so wäre sie auf die Unterstützung eines heterogenen Zweckverbandes – des Gesamtdeutschen Blocks – angewiesen. Daß dieser mit der SPD eine Mehrheit bilden könnte, ist unwahrscheinlich; mindestens solange man nicht eine entscheidende Zunahme der SPD prophezeien will. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß der Gesamtdeutsche Block das Zünglein an der Waage bildet. Er hat sich vorsichtigerweise nicht näher über seine Absichten in diesem Falle ausgesprochen. Seinerzeit trat er für die EVG ein.

Die Folgen eines Regierungswechsels sind nicht übersehbar. Zwar hat die SPD feierlich erklärt, die von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen honorieren zu wollen. Da aber wichtige Abmachungen noch nicht unter Dach sind, würde ein wesentlicher Teil des von Adenauer Erreichten über Bord geworfen. Die EVG bekäme vermutlich den letzten Todesstoß. Der Generalvertrag würde hinfällig, die erstrebte Souveränität in die Ferne gerückt und die künftigen Verhältnisse zu den Besetzungsmächten müßten neu geordnet werden. Wären die Alliierten gewillt, wesentliche Änderungen zuzugestehen? Adenauer behauptet, das Maximum erreicht zu haben. Die Zusammenarbeit in den verschiedenen europäischen Gremien und Organisationen würde mindestens vorübergehend gelähmt, sofern die Sozialdemokraten ihre nationalistische Haltung von heute nicht änderten. Eine sozialdemokratische Regierung müßte sich das Vertrauen des Auslandes zuerst verdienen. Der Kreml wäre um einen hartnäckigen Gegner ärmer. Neben diesen außenpolitischen Konsequenzen ergäben sich schwerwiegende Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen. Es wäre dabei mit Rücksicht auf die gegenwärtige gute Lage weniger mit sofortigen, als mit allmählich einsetzenden Störungen zu rechnen. Diese würden selbstverständlich beschleunigt, wenn die Weltwirtschaftslage sich verschlechtern sollte.

II.

Adenauer hat die *Richtlinien seiner Außenpolitik* kürzlich folgendermaßen formuliert: „Deutschland ist keine Weltmacht mehr. Es kann nur in der festen Gemeinschaft mit anderen Staaten Sicherheit finden. Kein Vertragssystem könnte ein isoliertes Deutschland schützen. Eine nationale Armee könnte es ebensowenig.“

Seine Zurückhaltung, verbunden mit dem unerschütterlichen Willen zur Zusammenarbeit, bilden den Schlüssel für seine Erfolge bei den Alliierten. Er wird in allen Deutschland betreffenden Fragen konsultiert. Sein Einfluß auf die westliche Politik nimmt stetig zu.

Den *Russen* begegnet er mit äußerster Skepsis. Er möchte Beweise des guten Willens im Kreml sehen, beispielsweise die Freilassung der deutschen Kriegs-

gefangenen. Die Vorkommnisse vom 17. Juni und die Maßnahmen der Pankow-Regierung zur Störung der Lebensmittelaktion sind nicht geeignet, seine Haltung zu beeinflussen. Im Gegenteil! Gerade darum sucht er unermüdlich nach konstruktiven Lösungen. Er hat Churchills Vorschlag in abgewandelter Form aufgenommen und wäre bereit, dem Sicherheitsbedürfnis der URSS in multilateralen Abmachungen Rechnung zu tragen. In einem solchen Sicherheitssystem sieht er nicht eine Alternative, sondern eine Ergänzung seiner Europapolitik. Konkrete Vorschläge hat er jedoch bisher noch nicht gemacht. In seiner Umgebung wird an einem wirklichkeitsnahen Plan noch gearbeitet.

Des Kanzlers Sorge ist es, unter allen Umständen Lösungen auf Kosten Deutschlands zu vermeiden. Dazu bedarf es alliierter Hilfe. Sie wird ihm weitgehend gewährt. In allen wichtigen Fragen besteht zwischen Bonn einerseits und Washington, London und Paris anderseits Übereinstimmung im Grundsätzlichen.

Die Hauptpunkte des deutsch-alliierten Programms für die *Wiedervereinigung* sind:

- Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland;
- Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland;
- Abschluß eines mit dieser Regierung frei vereinbarten Friedensvertrags;
- Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag;
- die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen.

Diese Richtlinien sollen ausschließlich auf friedlichem Wege verwirklicht werden.

Meinungsverschiedenheiten bestanden über den zweckmäßigen Zeitpunkt und den äußeren Rahmen entsprechender Verhandlungen mit Moskau. Sie sind durch die Ereignisse vom 17. Juni in den Hintergrund gedrängt worden. Alliierte und Deutsche erkannten, daß sie sofort alles in ihren Kräften Stehende tun mußten, um dem deutschen Volk die Einheit und Freiheit wiederzugeben.

Auf Grund dieser gemeinsamen Erkenntnisse erfolgte der alliierte Vorschlag an die Russen, auf Viermächtebasis im Herbst 1953 eine Deutschlandkonferenz abzuhalten. Adenauer war an diesem Resultat wesentlich beteiligt.

Die russische Note vom 5. August hat in Bonn nicht überrascht. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, mit dem ich mich heute über die Lage unterhielt, unterstrich, daß der russische Versuch, einen Keil vorzutreiben, völlig gescheitert sei. Die Konferenz von Baden-Baden habe dies in beachtenswerter Weise zum Ausdruck gebracht. Deren Bedeutung liegt übrigens in zwei Punkten. Einmal war die Arbeit am europäischen Zusammenschluß durch die Krisen in Paris und Rom sowie wegen der deutschen Wahlen gehemmt. Die einhellige *Bekräftigung des Europagedankens* soll den Völkern zeigen, daß neben der Auseinandersetzung mit Rußland die Stärkung des Westens unbehindert voranzutreiben ist. Außerdem bestätigte sich, daß

die Franzosen Bedenken haben gegen eine Föderation, wie sie den Deutschen vorschwebt. Diese Meinungsverschiedenheit ist noch nicht ausgetragen. Insbesondere ist die Frage nach dem Schicksal der Souveränität der Gliedstaaten in allen ihren Verästelungen noch offen.

Wichtiger als das Konferenzergebnis ist für Adenauer der Besuch Bidaults in Bonn. Beide sind sich bewußt, daß eine europäische Gemeinschaft nur auf der Basis einer *deutsch-französischen Verständigung* möglich ist. Die etwas erkalteten Beziehungen zwischen Bonn und Paris will der Kanzler sofort nach den Wahlen neu beleben und Lösungen der hängigen Fragen, insbesondere der Saarfrage, herbeiführen.

Erstaunt hat in Bonn, daß Bidault sich gegenüber Moskau viel skeptischer erwies als erwartet. Eine Tatsache, die für den Kanzler von großer Tragweite ist. Er beurteilt mit Bidault – und auch mit den vier übrigen Teilnehmern an der Konferenz in Baden-Baden – die russische Note sowie die Rede Malenkows im wesentlichen gleich: Moskau konnte die *Viererkonferenz* nicht ablehnen, verschiebt aber die Voraussetzungen in grundlegender Weise. Es will alle Fragen in einen Topf werfen, Rot-China mitsprechen lassen und hat die deutschen Anliegen keines Wortes gewürdigt. Bidault hält eine Konferenz ohne fest umrissene Traktanden für gefährlich. Ein Fehlschlag würde von der russischen Propaganda ausgewertet. Adenauer teilt diese Befürchtungen. Auch er glaubt, daß dem Kreml an einer baldigen Aussprache nichts liegt und daß die russische Note ein Ausweichmanöver ist. Sie hat indessen das französisch-deutsche Einvernehmen nicht getrübt. Die Warnung der Franzosen vor dem deutschen Chauvinismus hat bei Bidault nicht verfangen.

Das deutsche Gespräch mit den anderen Alliierten ist noch nicht über erste Fühlungen hinausgekommen. Bonn teilt die pessimistische Auffassung der hiesigen Vertreter von Washington und London. Im Auswärtigen Amt hält man es nicht für wahrscheinlich, daß die alliierte Antwort noch vor dem 6. September erfolgt.

In seinen bisherigen kritischen Äußerungen gegenüber der Öffentlichkeit hat sich der Kanzler auf das deutsche Problem beschränkt. Für ihn hat China jedenfalls darüber nicht mitzusprechen. Eine erste Prüfung des Textes zeige, daß folgende Fragen ungeklärt geblieben seien:

1. Ist die Sowjetunion bereit, freie Wahlen abzuhalten und dieses wichtigste deutsche Anliegen zu erörtern?
2. Geht die Sowjetunion von ihrer bisherigen These, daß der Friedensvertrag nur unter den Vier Mächten ausgehandelt und Deutschland auferlegt werden soll, ab oder nicht?
3. Ist die Sowjetunion bereit, einer gesamtdeutschen Regierung außen- und innenpolitische Handlungsfreiheit zu garantieren?
4. Wird die Sowjetunion bereit sein, die Sicherheit Europas und damit auch Deutschlands zu gewährleisten?

Diese Fragen und ihre Weiterverfolgung werden die Deutschen in den Mittelpunkt ihrer kommenden Besprechungen mit den Alliierten stellen.

Das *EVG-Programm* ist im Rahmen der deutsch-alliierten Besprechungen an zweite oder dritte Stelle gerückt. Es wird überschattet vom Plan einer Viererkonferenz.

Die Krisen in Italien und Frankreich wirken retardierend. Bidault will – so hat er Adenauer erklärt – ebenfalls an der EVG festhalten, muß jedoch den günstigsten Zeitpunkt abwarten, um die Zustimmung des Parlaments einzuholen. Ähnlich liegen die Dinge in Rom. Der Kanzler hat denn auch im Augenblick keine neue Initiative ergriffen, um die Inkraftsetzung zu beschleunigen. Im Auswärtigen Amt ist man trotz aller Schwierigkeiten überzeugt, daß sich der EVG-Vertrag als lebensfähig erweisen wird.

19. August 1953

58 *Die russische Note vom 15. August 1953:* Die Reaktion von Regierung und Opposition auf die russische Note an die Alliierten vom 15. August d. J. macht eine Ergänzung meines Berichtes vom 11. August über innen- und außenpolitische Probleme der Bundesrepublik nötig.

In Bonn herrscht nun der Eindruck vor, der Kreml wäre zu einer Konferenz über das Deutschlandproblem bereit. Der Fortschritt sei aber illusorisch, da die wesentlichen Voraussetzungen für ein Vierer-Treffen sich nicht gebessert hätten.

Der Kanzler erklärte, die russische Stellungnahme ziele auf eine Neutralisierung Deutschlands ab. Sie wolle der EVG ein Ende setzen. Die Konzeption Moskaus würde den Vereinigten Staaten die Grundlage ihrer Europapolitik entziehen. Die vorgeschlagene Lösung akzeptieren, hieße für die Bundesrepublik Selbstmord begehen. Die entscheidenden Punkte seien unannehmbar. Insbesondere könne die Bonner Regierung nicht daran denken, mit den Ministern in Pankow eine gemeinsame provisorische Regierung zu bilden. Das Kabinett billigte gestern die Auffassung Adenauers. Dieser vertrat gegenüber der Presse mit Entschiedenheit die These, es müsse nun erst recht so bald wie möglich eine Viererkonferenz abgehalten werden. Die Aussichten für eine Verständigung seien zwar äußerst gering. Doch nur so könne Klarheit über die russischen Absichten geschaffen werden.

Die „Frankfurter Allgemeine“ bemerkte dazu, solche Überlegungen seien dem Kanzler früher fremd gewesen. „Vermutlich ist dieser bereits seit Wochen zu beobachtende, in den letzten 24 Stunden aber besonders ausgeprägte Meinungsumschwung in der Haltung des Kanzlers vor allem darauf zurückzuführen, daß er heute davon überzeugt ist, bei einer solchen Konferenz würden die russischen Pläne vollkommen scheitern.“

Möglicherweise spielen auch wahltaktische Erwägungen eine gewisse Rolle. So wie die Dinge liegen, vermag die Note, in der allgemein der von Adenau-

er vor den Wahlen erwartete russische Schachzug gesehen wird, die Wahlsituation nicht nachhaltig zu beeinflussen. Darüber sind sich Politiker und Diplomaten einig. Die erste Kremlnote fand so viel Ablehnung, daß die zweite mit ihren zum Teil abweichenden Formulierungen keine Durchschlagskraft mehr hat. Diese verbreitete Auffassung teilt man beispielsweise auch in der Umgebung des Bundespräsidenten.

Die SPD ist mit dem Kanzler darüber völlig einig, daß der Vorschlag auf Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung abzulehnen ist. Die Opposition hält mit dem Kanzler an der Forderung fest: zuerst freie Wahlen und dann Bildung einer Gesamtregierung. Obschon die Russen sich damit nicht einverstanden erklärt haben, glaubt Ollenhauer, Viermächte-Verhandlungen könnten zu einer Lösung der deutschen Frage führen. Eine Fortsetzung des Notenwechsels hält er indessen für zwecklos.

Die offiziellen Verlautbarungen der beiden Seiten zeigen in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung in der Ablehnung der russischen Politik. Es bestehen auch keine Unterschiede in bezug auf die Wünschbarkeit baldiger Besprechungen. Nuancen hinsichtlich der Erfolgsaussichten und des „wahren“ Willens der Machthaber in Moskau sind dagegen unverkennbar, vielleicht aber zum Teil innenpolitisch bedingt.

Es scheint demnach, der russische Schritt habe indirekt zu einer Annäherung der außenpolitischen Standpunkte des Kanzlers und des Führers der Opposition beigetragen.

Die Meinungen von Regierung und Opposition gehen nach wie vor auseinander im Streit um Klein-Europa oder Groß-Europa. Ein Teilprogramm in diesem Komplex bildet die Frage: EVG oder Wiederbewaffnung im Rahmen der NATO, wie sie der Opposition vorschwebt.

Die in Erscheinung tretende Annäherung in der Wiedervereinigungsfrage darf nicht zur Annahme verleiten, die Außenpolitik stehe nicht mehr im Mittelpunkt des Wahlkampfes oder die innenpolitischen Gegensätze würden nun plötzlich gemildert. Für derartige Abschwächungen der Spannungen fehlt es an Anzeichen. Ollenhauer verkündigte noch dieser Tage, die SPD werde unter keinen Bedingungen mit Adenauer zusammenarbeiten.

5. September 1953

Alliierte Antwort auf die sowjetischen Deutschland-Noten: Ich unterhielt mich über diese Note gestern mit dem ersten Chefbeamten des Auswärtigen Amtes und resümiere im wesentlichen seine Ausführungen:

Die kurze und klare Note der Westmächte, welche die Antwort bildet auf die sowjetischen Deutschland-Noten vom 4. und 15. August, findet in Bonn einmütige Zustimmung: Nicht nur bei Regierung und Koalition, sondern auch bei der Presse, ja sogar bei der Opposition! Besondere Genugtuung löste die Ablehnung der vom Kreml vorgeschlagenen provisorischen gesamtdeutschen

Regierung aus; eine nicht auf freien Wahlen beruhende Regierung ist nicht qualifiziert, lebenswichtige Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands zu treffen.

Der Text kam unter ausgiebiger Konsultation Bonns zustande. Wie mir mein Interlokutor diskret anvertraute, führte diese Konsultation unter anderem zu einer bedeutsamen Änderung; ursprünglich wurde das Konferenzthema umschrieben: Freie Wahlen „and other aspects of the German problem“. Gegen die letztere Wendung erhob Adenauer Bedenken, denn nach seiner Auffassung sollte sich die Viererkonferenz auf keine Erörterung, auch nicht eine Vorerörterung, des Friedensvertrags einlassen. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen, und die Formel „other aspects“ gestrichen und ersetzt durch „Erörterung des Status der künftigen deutschen Regierung“. Diese Textänderung könnte, falls die Konferenz stattfindet, noch bedeutsam nachwirken. Was die Frage des Status der künftigen deutschen Regierung anbelangt, so bleiben Ziel und These des Westens: dem künftigen Deutschland wirkliche Souveränität zu geben; Attribut dieser Souveränität ist aber die Freiheit, Verbindungen mit anderen Staaten einzugehen.

Die Note lehnt die Erörterung „komplizierter Fragen“ ab. Damit ist gemeint die von den Sowjets vorgeschlagene Diskussion der Teilnahme Chinas, der Abrüstungsfrage sowie des Verbots von Stützpunkten; eine solche Umschreibung des Verhandlungsthemas würde nur zu uferlosen Diskussionen führen. Nach Vorschlag der Westmächte soll das Deutschland-Problem Hauptfrage der Konferenz sein.

Die Westmächte sind entschlossen, an dem Postulat freier Wahlen festzuhalten. Dies ist für sie eine Schlüsselfrage. Abgesehen davon kann von diesem Punkt auch deshalb nicht abgegangen werden, weil nach den Ereignissen des 17. Juni in Berlin die Bevölkerung der Sowjetzone Anspruch auf eine solche Wahl hat. Dagegen kam man dem russischen Begehren in einem anderen Punkte entgegen: die Forderung einer internationalen Untersuchungskommission zur Feststellung der Vorbedingung freier Wahlen wird nicht mehr zur *conditio sine qua non* gemacht. Diese Konzession glaubt man machen zu dürfen, weil man nach den Ereignissen des 17. Juni nicht mehr fürchtet, daß die Ostzonenbevölkerung sich eine Wahlverfälschung gefallen lasse. Nach Meinung meines Interlokutors ist die Stimmung der dortigen Bevölkerung keineswegs entmutigt. Mehr denn je „koche die Volksseele“. Wie man nachträglich erfuhr, sei es am 17. Juni an verschiedenen Orten zu unerhört blutigen Ausschreitungen gegenüber Organen der Deutschen Demokratischen Republik gekommen: Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei seien ertränkt, andere buchstäblich vom Volk zerrissen worden.

Ein weiteres Entgegenkommen der Alliierten ist, daß man sich bereit erklärte, gleichzeitig mit der Frage der freien Wahlen auch den künftigen Status der deutschen Regierung zu erörtern. Da dies ein Hauptanliegen der Sowjets ist, verbleiben ihnen wenig Gründe zur Ablehnung. Trotzdem ist man keineswegs

sicher, ob der Kreml die Einladung akzeptiert. Möglicherweise wird Moskau einwenden, daß man seinen Friedensvertragsvorschlag noch nicht erörtern will. Noch offener beurteilt man die Frage nach den Aussichten der Konferenz. Die russischen Noten vom 4. und 15. August bestärkten hier noch mehr den Eindruck, daß sich in der sowjetischen Politik seit Stalins Tod grundsätzlich kaum etwas geändert habe. Nach anfänglichem Tasten scheint man im Kreml zum Standpunkt zurückzukehren, den festen Griff auf die Satellitenstaaten und die Ostzone nicht aufzugeben. Bonn befürchtet, daß die Sowjets nicht ernstlich an eine Wiedervereinigung Deutschlands denken, vielmehr den Status quo beibehalten wollen und mit dem Notenwechsel lediglich das Odium des Nein-sagens vermeiden wollen. Infolgedessen ist mein Interlokutor wegen des künftigen Schicksals der Ostzone ausgesprochen pessimistisch. Dazu bereitet ihm noch besondere Sorgen die wachsende Wut der Ostzonenbevölkerung, da sie zu Explosion führen könnte.

Falls es zu der geplanten Konferenz von Lugano kommt, so befürchtet mein Interlokutor, ihr Verlauf könnte eine Wiederholung derjenigen im Palais Rose vom Jahre 1951 sein.

14. November 1953

Saarfrage: Die Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und Botschafter François-Poncet, die die Saarverhandlungen Adenauers mit Außenminister Bidault vorbereiten sollen, nehmen ihren Fortgang. Über ihren Inhalt wurden – begreiflicherweise – keine offiziellen Mitteilungen herausgegeben. Gerüchte, wonach zahlreiche Schwierigkeiten aufgetaucht seien, wurden bezeichnenderweise von Bonn nicht dementiert.

Ich hatte Gelegenheit, mich mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Professor Hallstein, über diese Gespräche zu unterhalten. Mit Rücksicht auf das allgemeine geübte Stillschweigen war auch er zurückhaltend, doch entnahm ich folgendes seinen Äußerungen:

Der Bundeskanzler hat in François-Poncet einen verständnisvollen Gesprächspartner. Beide gehen davon aus, daß die Saarfrage gelöst werden sollte, weil damit der Hauptdifferenzpunkt zwischen den beiden Nationen aus der Welt geschafft werden könnte. Mein Gesprächspartner bestätigte, daß die Besprechungen sich noch in sehr schwieriger Phase befinden. Wohl treffe man sich in dem Gedanken der Europäisierung der Saar, insbesondere sei Adenauer – trotz der starken Widerstände bei der Opposition, aber auch in seiner Koalition – zu dieser Konzession bereit.

Auch in einem anderen Punkt komme man sich näher: Die Europäisierung solle durch eine Volksabstimmung und nicht – wie es die deutsche Seite möchte – durch einen Beschluß des saarländischen Landtags ratifiziert werden. Die Hauptschwierigkeiten liegen aber auf der wirtschaftlichen Seite. Frankreich möchte die wirtschaftlichen Vorrechte und Privilegien des augenblicklichen

Status quo möglichst beibehalten. Deshalb die Eile, mit der die französische Nationalversammlung die französisch-saarländischen Wirtschaftskonventionen ratifizierte. Diese Tatsache brachte eine Versteifung in materieller wie in psychologischer Hinsicht.

Was den vom Holländer Goes van der Naters¹¹⁷ ausgearbeiteten Saarplan anbetrifft, so können sich eigentlich beide Teile – Frankreich und Deutschland – nicht sehr dafür erwärmen. Mein Interlocutor insistierte, daß, wenn man die Lösung der Saarfrage auf der Europäisierung aufbaue, dieser Grundsatz eine echte Ausgestaltung erfahren müsse. Mit anderen Worten: Die Europäisierung müßte sich auch auf die wirtschaftlichen Fragen erstrecken. Das gegenwärtig bestehende Wirtschaftsmonopol Frankreichs wäre damit nicht vereinbar. Die Bundesrepublik müßte eine paritätische Stellung mit Frankreich bekommen. Alles andere wäre eine „unechte Europäisierung“. Botschafter Grandval würde „bloß ein europäisches Mützchen aufgesetzt“. Mit einer solchen Lösung könnte sich der Kanzler nicht dem deutschen Parlament präsentieren.

Ob es Adenauer und François-Poncet in ihren weiteren Gesprächen gelingen werde, die bestehenden Schwierigkeiten auszuräumen und eine gemeinsame Basis zu finden, ist noch eine offene Frage. Gelingt dies nicht, so dürfte es kaum zum Saargespräch mit Bidault kommen.

¹¹⁷ Goes van Naters, Marius van der (geb. 1900), niederländischer Delegierter im Europarat, seit 1952 Berichterstatter des Europarates für die Saarfrage.